

PERSPEKTIVE

Zeitung für Solidarität und Widerstand

Konsequente Streiks für Lohnerhöhungen - und mehr!



Die Ergebnisse der letzten Tarifverhandlungen sind Mogelpackungen und reichen nicht aus, um die steigenden Lebenshaltungskosten der Arbeiter:innenklasse aufzufangen. Trotz hoher Streikbereitschaft der Beschäftigten haben sich die DGB-Gewerkschaften auf faule Kompromisse mit der Kapitaleseite eingelassen. Die Antwort auf die Preisexplosion kann nur der Vollstreik sein.

Der Abschluss wurde als Sieg im Kampf um einen Inflationsausgleich gefeiert. Am 11. März haben sich die Deutsche Post AG und die Gewerkschaft Verdi auf einen neuen Tarifvertrag für die 160.000 Post-Beschäftigten geeinigt. Die vierte Verhandlungsrunde zwischen Gewerkschaft und Kapitaleseite war sehr kurzfristig einberufen worden. Nur einen Tag zuvor hatten sich mehr als 85 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder der Belegschaft in einer Urabstimmung für einen unbefristeten Streik ausgesprochen und das bisherige Konzernangebot abgelehnt. Verdi wollte trotzdem weiter verhandeln und schuf kurzfristig Tatsachen. Der Tarifkonflikt bei der Post dauerte bereits seit Ende Januar an. Dabei gab es auch mehrere größere Warnstreiks

mit einer hohen Beteiligung von jeweils 10.000 bis 15.000 Arbeiter:innen.

Einmalzahlungen statt dauerhafter Lohnerhöhungen

Was Verdi jetzt als „gutes Ergebnis“ und „deutliche Erhöhungen der Entgelte“ zu verkaufen versucht, erweist sich bei näherem Hinsehen als Einverständniserklärung zu einem sinkenden Lebensstandard. Der Tarifvertrag soll bis zum 31. Dezember 2024 und damit ganze zwei Jahre gelten. Die erste tabellenwirksame Entgelterhöhung ist dabei erst für April 2024 vorgesehen. Als Festbetragserhöhung von 340 Euro fällt sie im Vergleich zu früheren Tarifrunden zwar höher aus

und sorgt bei Arbeiter:innen in den unteren Entgeltgruppen für ein stärkeres Plus - nach Verdi-Angaben 11 bis 16 Prozent im Vergleich zum aktuellen Lohnniveau. Bis dahin gibt es jedoch nur Einmalzahlungen, die sich nicht auf das zukünftige Lohnniveau auswirken und deren wirtschaftlicher Effekt damit langfristig verpufft - und zwar ganz im Gegensatz zur Inflation: Diese wird von bürgerlichen Ökonomen in Zukunft bei dauerhaft drei bis vier Prozent gesehen, die auf die heutige Rekordinflation also noch drauf kommen werden.

Psychologischer statt wirtschaftlicher Effekt

Konkret gibt es bei der Post im April 2023 eine steuer- und abgabenfreie

Einmalzahlung von 1020 Euro und von Mai 2023 bis Mai 2024 monatlich jeweils 180 Euro. 2460 Euro mehr im Jahr 2023 hört sich erst einmal gut an und macht sich sichtlich im Portemonnaie bemerkbar - vor allem, wenn die Überweisung im April um 1020 Euro höher ausfällt als sonst. Für einen Beschäftigten der Tarifgruppe 2 (Endstufe) mit 13 Monatsgehältern entsprechen die Sonderzahlungen auf das Jahr gerechnet jedoch nur einer Lohnsteigerung von knapp 6 Prozent. Bei den höheren Tarifgruppen ist es entsprechend weniger. Das ist deutlich weniger als die offizielle Inflation - die im Februar bei 8,7 Prozent lag - und wirkt sich nicht auf die zukünftigen Löhne aus.

Frankreich: Kampf gegen die Rentenreform

In Frankreich kämpfen die Arbeiter:innen mit aller Kraft gegen die Erhöhung des Renteneintrittsalters. Für uns Arbeiter:innen in Deutschland reicht nicht der neidische Blick zu unseren Nachbar:innen, sondern wir müssen von ihren Erfolgen lernen. > Seite 3

Von der Wirtschaftskrise zur Kriegswirtschaft

Vier Jahre nach dem Beginn einer Überproduktionskrise und drei Jahre nach der Corona-Pandemie hat sich die kapitalistische Weltwirtschaft immer noch nicht erholt. Zugleich sollen Teile der Wirtschaft auf Kriegsvorbereitung ausgerichtet werden. > Seite 4

Die Jobs bei der Post gelten als besonders hart und schlecht bezahlt, und so wird es bei diesem Abschluss auch bleiben.

Der Effekt der Sonderzahlungen ist also vor allem ein psychologischer und kein wirtschaftlich-nachhaltiger. Und genau aus diesem Grund dringt das Kapital parallel zu den größten Preissteigerungen seit Jahrzehnten auf Einmalzahlungen statt tabellarischer Lohnerhöhungen, während die Unternehmen Rekordgewinne verzeichnen. Die Post etwa meldete Ende 2021 das beste Ergebnis ihrer Konzerngeschichte. Die Ausbeutung von Arbeitskraft ist die Grundlage dieser Gewinne, und niedrige Löhne lassen letztere besonders nach oben schießen.

Bei diesen Manövern werden die kapitalistischen Unternehmen vom Staat und den DGB-Gewerkschaften bereitwillig unterstützt. Die IG Metall hat im vergangenen Herbst in der Metall- und Elektroindustrie in Baden-Württemberg einen ähnlich faulen Kompromiss vereinbart wie jetzt Verdi, und das trotz großer Streikbereitschaft. Eine vermeintlich hohe Entgeltsteigerung von 8,5 Prozent wird dabei auf zwei Jahre gestreckt, ansonsten gibt es für die Beschäftigten nur Einmalzahlungen. Das Muster ist dasselbe.

Lohnerhöhungen nur durch Vollstreiks

Die einzige Möglichkeit für Beschäftigte, die Senkung ihres Lebensstandards durch die Preissteigerungen aufzuhalten, ist der Streik. Einige kurzzeitige Warnstreiks, wie sie in den vergangenen Monaten in verschiedenen Branchen stattgefunden haben, sind zwar Schritte in die richtige Richtung, reichen aber nicht aus, um den Kampf um den Lebensstandard zu gewinnen. Dafür sind unbefristete Streiks notwendig, am besten branchenübergreifend. Vollstreiks für einen echten Inflationsausgleich sind ein Albtraum für das Kapital.

Dass die Kapitaleseite durch Streiks wirklich getroffen wird und Angst davor hat, zeigte kürzlich die Reaktion der „Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände“ (BDA) auf Streiks an den deutschen Flughäfen. Hauptgeschäftsführer Steffen Kampeter sprach von „überzogenen Streikzielen“ und forderte eine Einschränkung des Streikrechts: „Ein Streik, der den Flugverkehr in Deutschland zum Erliegen bringt, ist kein Warnstreik mehr.“ Der Ausstand mache deutlich, dass „gesetzliche Regelungen für den Arbeitskampf“ überfällig seien. Es brauche ein „Gesetz, das klar macht, dass Arbeitskämpfe Ausnahmen bleiben sollen“. Konkret brachte Kampeter Ankündigungsfristen bei Arbeitskampfmaßnahmen ins Spiel, eine „Klarstellung der zulässigen Mittel des Arbeitskampfes“ sowie eine gesetzlich verpflichtende Schlichtung vor jeglichen Arbeitskampfmaßnahmen. Die Gewerkschaften wiesen den Vorstoß Kampeters zurück.

Die große Angst der Unternehmenseite vor echten Streikkämpfen, die nicht vom DGB nach drei Warnschüssen mit einem faulen Kompromiss beendet werden, erklärt sich auch aus der Arbeitsmarktsituation. Das deutsche Kapital hat immer mehr mit einem branchenübergreifenden Mangel an Arbeitskräften zu kämpfen. Bereits im Oktober 2021 haben deutsche Unternehmen 1,2 Millionen Arbeitskräfte gesucht. Und die Tendenz ist steigend: Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), das zur Bundesagentur für Arbeit gehört, sehen einen Rückgang der Arbeitskräftezahl in Deutschland um bis zu 7 Millionen bis 2035 voraus. Besonders betroffen sind der Pflegebereich, das Handwerk und naturwissenschaftlich-technische Berufe. Doch auch ungelernete Arbeitskräfte sind für das Kapital immer schwerer zu finden.

Diese Lage bietet für die Arbeiter:innenklasse besonders gute Möglichkeiten, um durch entschlossene

Lohnkämpfe ihren Lebensstandard nicht nur zu verteidigen, sondern sogar zu verbessern. Denn findet das Kapital ohnehin keine Arbeitskräfte mehr, wird es auch keine willigen Arbeiter:innen finden, um hart geführte Streiks zu brechen. Nicht nur deshalb sucht die Kapitaleseite mithilfe des Staates händierend nach Möglichkeiten, um zusätzliche Arbeitskraft zu mobilisieren. Da Männer und Frauen im gewöhnlichen Erwerbsalter bereits zu 70 bis 80 Prozent erwerbstätig sind, bleiben nicht viele Möglichkeiten. Die Pläne gehen daher in die Richtung, noch mehr Frauen (vor allem mit Migrationshintergrund) in Jobs zu bringen, Rentner:innen zu reaktivieren, ausländische Arbeitskräfte anzuwerben und das Rentenalter sowie die Wochenarbeitszeit für alle Beschäftigten anzuheben.

Politische Angriffe und politische Streiks

Angriffe auf den Lebensstandard der Arbeiter:innenklasse drohen also nicht nur im Hinblick auf Löhne und Preise, sondern auch auf die Renten, die Arbeitszeit und die Verhältnisse am Arbeitsplatz insgesamt. Auch hier sind Streikkämpfe aus Arbeiter:innensicht die richtige Antwort. In vielen europäischen Ländern wie in Frankreich, Italien, Belgien, Griechenland und anderen legen Arbeiter:innen selbstverständlich die Arbeit nieder, wenn Staat und Kapital politische Angriffe auf sie starten. In Frankreich kam es in den vergangenen Wochen im Kampf um Macrons Angriff auf die Renten zu landesweiten Streikwellen (siehe den Artikel auf der nächsten Seite). Die griechischen Arbeiter:innen haben Mitte März mit einem Generalstreik das öffentliche Leben im Land weitgehend lahmgelegt, um die Aufklärung eines Zugunfalls mit 57 Toten durchzusetzen.

Das deutsche Streikrecht, das der Unternehmerfunktionär Kampeter für zu liberal hält und verschärfen will,

sieht solche politischen Streiks jedoch nicht vor. Tatsächlich ist das Streikrecht in Deutschland fast gar nicht in Gesetzbüchern geregelt, sondern ergibt sich aus den vergangenen Urteilen von Gerichten. Demnach dürfen Arbeiter:innen hierzulande nur die Arbeit niederlegen, wenn sie dies zur Durchsetzung von Forderungen im Rahmen von Tarifikämpfen und unter der Führung einer Gewerkschaft tun. Um politische Ziele zu erreichen, darf nach der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts nicht gestreikt werden. Dazu würden auch Solidaritätsstreiks zählen.

Mit anderen Worten: Der deutsche Staat und seine Gerichte legen den Arbeiter:innen im Kampf um ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen enge Fesseln an und verbieten alle Arten von Streiks, die sich außerhalb von Tarifverhandlungen und der eigenen Branche – und damit faktisch außerhalb des Hoheitsbereichs des DGB oder anderer bürgerlich geführter Gewerkschaftsorganisationen (wie z.B. der GDL oder dem Christlichen Gewerkschaftsbund CGB) – bewegen. Streiken ist damit fast immer illegal. Zugleich sind die Unternehmen über ihre Verbände und deren Funktionär:innen über zahlreiche Kanäle mit dem Staat und seinen Organen verbunden und können ihre Interessen dort relativ mühelos durchsetzen. Der heutige Kapitalfunktionär Kampeter etwa saß mehr als 25 Jahre für die CDU im Bundestag und war jahrelang Staatssekretär im Finanzministerium.

Streiks sind für die Arbeiter:innenklasse eines der wichtigsten Kampfmittel. Deshalb gehört auch der Kampf gegen die Beschränkung des Streikrechts zu den wichtigsten Aufgabenfeldern im Klassenkampf. Um den Angriffen von Kapital und Staat wirksam entgegenzutreten, muss die Arbeiter:innenklasse branchenübergreifend und politisch streiken.



Französische Arbeiter:innen im Kampf gegen die Rentenreform



In Frankreich kämpfen die Arbeiter:innen mit aller Kraft gegen die Erhöhung des Rentenalters. Für uns Arbeiter:innen in Deutschland reicht nicht der neidische Blick zu unseren Nachbar:innen, sondern wir müssen von ihren Erfolgen lernen.

Infolge der massiven Preissteigerungen kommt es international zu Angriffen auf den Lebensstandard der Arbeiter:innen. In Frankreich ist einer dieser Angriffe die drohende Erhöhung des Renteneintrittsalters von 62 auf 64 Jahre. Zusätzlich soll die Zahl der Beitragsjahre für eine Rente ohne Einbuße von 42 auf 43 Jahre angehoben werden. Den vollen Rentenanspruch, unabhängig von der Dauer der Einzahlung, gibt es erst ab 67. Die französischen Arbeiter:innen antworteten darauf mit großem Protest.

Streiken im Kampf gegen die Rentenreform

Im Januar kündigte die Regierung unter Präsident Emmanuel Macron die Reform an, die zu seinen zentralen Wahlversprechen gehörte. 2020 hatte er schon einmal versucht sie durchzudrücken, durch die Corona-Pandemie rückte das Vorhaben jedoch in den Hintergrund und wurde verschoben. Damals, so wie auch bei allen vorherigen arbeiterfeindlichen Reformversuchen des französischen Rentensystems, kam es im Vorfeld zu massiven Protesten. Wochenlange und branchenübergreifende Streiks, Besetzungen von Betrieben und große Demonstrationen begleiteten jeden Gesetzesentwurf, jedoch mit unterschiedlichen Erfolgen. So wurde im Jahr 1995 eine Rentenreform nach dreiwöchigen Streiks zurückgezogen, 2010 hingegen konnte die Erhöhung des Renteneintrittsalters von 60 auf 62 Jahre und des vollen Rentenalters

von 65 auf 67 Jahre nicht verhindert werden.

Im Gegensatz zu Deutschland darf in Frankreich jeder:r streiken, mit nur sehr wenigen Ausnahmen. Das individuelle Streikrecht ist Teil der Verfassung. Des Weiteren reichen mindestens zwei Arbeiter:innen, die ihre Arbeit niederlegen, für einen Streik. Der Aufruf durch eine Gewerkschaft, die Dauer eines Tarifvertrages oder vorhergehende Verhandlungen spielen dafür keine Rolle. Der politische Streik zum Beispiel gegen geplante Gesetze der Regierung ist somit nicht automatisch illegal wie in Deutschland.

Einen weiteren Unterschied stellen die gewerkschaftlichen Organisationen dar. Während es mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) einen Dachverband mit klarer Ausrichtung anhand der Politik der SPD gibt, existieren in Frankreich mehrere Gewerkschaften mit unterschiedlichen politischen Ausrichtungen. Im Vergleich mit den DGB-Gewerkschaften sind diese mindestens in ihrer Rhetorik, meistens aber auch in ihren Aktionen deutlich offensiver. Als Gegenmaßnahme zu geplanten Rentenreformen, Steuererhöhungen oder anderen Angriffen auf die Arbeiter:innenklasse ist der Streik ein selbstverständliches Mittel – auch für einen längeren Zeitraum.

So bleibt es selten bei einzelnen Aktionstagen in bestimmten Branchen, die vergleichbar mit deutschen Warnstreiks wären. Stattdessen wer-

den Streikwellen mit breiter Beteiligung organisiert, von Arbeiter:innen im Nahverkehr und in Ölraffinerien bis zu Lehrer:innen und Anwalt:innen. Auch die Demonstrationen erreichen meist ein anderes Niveau als es in Deutschland die Regel ist. Brennende Mülleimer, das Errichten von Barrikaden und die Verteidigung gegen Polizeigewalt sind bei Demonstrationen keine Seltenheit. Dementsprechend geht der Staat aber auch gegen die Arbeiter:innen vor: Bei den Protesten gegen die Rentenreform im März wurden Tränengas und Wasserwerfer eingesetzt und über 160 Demonstrant:innen festgenommen.

In Deutschland nicht denkbar?

Blicken wir nach Deutschland, können wir feststellen, dass es auch hier Gründe genug für ähnlich offensive Proteste gibt. Bis 2031 steigt die Regelaltersrente auf 67 Jahre an; Rufe nach einer Erhöhung auf 70 Jahre werden trotzdem immer wieder von Kapitaleseite laut. Ebenso verlangen sie nach einer 42-Stunden-Woche oder dem Verzicht auf Lohnerhöhungen. Und anstatt zu branchenübergreifenden Streiks aufzurufen, schließen die DGB-Gewerkschaften Tarifverträge ab, die nicht einmal die offizielle Inflation ausgleichen.

Als Arbeiter:innen in Deutschland hilft uns in dieser Situation aber nicht der sehnsuchtsvolle Blick nach Frankreich oder der abstrakte Traum von solchen Verhältnissen hier. Erstens

dürfen wir nicht die Probleme übersehen, mit denen die Arbeiter:innenbewegung auch dort kämpfen muss und die in der Vergangenheit schon zu Niederlagen trotz landesweiter Streiks geführt haben. Von einer vereinten, klassenkämpferischen Arbeiter:innenbewegung ist man auch in Frankreich noch weit entfernt. Die Gewerkschaften sind zersplittert, haben relativ wenige Mitglieder und zielen mehrheitlich nicht auf revolutionäre Veränderungen, sondern auf bloße Reformen innerhalb des Kapitalismus ab.

Zweitens müssen wir uns bewusst machen, dass wir es selbst in der Hand haben, wie unsere Reaktion als Arbeiter:innen auf den Klassenkampf von oben aussieht. Wollen wir in Hoffnungslosigkeit versinken oder wollen wir tatsächlich von unseren französischen Klassengeschwistern lernen? Besonders die Frage, wie wir ihre Erfahrungen auf unsere Situation, trotz anderer historischen Entwicklungen, Gesetze und Traditionen des Protestes anwenden können, spielt dabei eine große Rolle. Hier reicht kein Stillsitzen, Abwarten und Wünschen, dass die Menschen einfach erkennen, dass es sich lohnt auf die Straße zu gehen oder auch politische Streiks legitime Mittel sind. Stattdessen müssen wir unsere Kolleg:innen davon überzeugen und gemeinsame Kämpfe für unsere Interessen führen. Dafür ist es auch notwendig, sich nicht von den festgefahrenen Strukturen des DGB die Grenzen setzen zu lassen, sondern selbständig aktiv zu werden.

Von der Wirtschaftskrise zur Kriegswirtschaft

Die Warenpreise explodieren, die Energiekrise hält an und die Aussichten für die Weltwirtschaft bleiben trüb. Vier Jahre nach dem Beginn einer Überproduktionskrise und drei Jahre nach der Corona-Pandemie hat sich die kapitalistische Weltwirtschaft immer noch nicht erholt. Zugleich sollen Teile der Wirtschaft auf Kriegsvorbereitung ausgerichtet werden.

Teuerungen, knappe Energieträger und Stellenabbau. Die Zeichen der kapitalistischen Wirtschaftskrise sind weiter nicht zu übersehen. Begonnen hat die Krise schon im Jahr 2018/19 mit einer Überproduktionskrise, wie sie der Kapitalismus regelmäßig hervorbringt. Diese Krise war jedoch besonders schwer, und sie mündete 2020 direkt in die Corona-Pandemie. Das Jahr 2021 war geprägt von heftigen Engpässen in den weltweiten Lieferketten und allgemeinen Preissteigerungen. Anfang 2022 verschärfte der russische Überfall auf die Ukraine die Lage auf dem Energie- und Nahrungsmittelmarkt. In dieser Gemengelage verschärften sich die weltweiten Preissteigerungen zu einer Preisexplosion, wie wir sie seitdem auch in Deutschland erleben. Zwischen November 2020 und November 2022 lag die offizielle Inflation bei 15,2 Prozent. Für Arbeiter:innen im unteren Lohnbereich dürften die Lebenshaltungskosten sogar um das Drei- bis Vierfache gestiegen sein.

Die aktuelle Lage in der Wirtschaftskrise ist dabei insbesondere durch folgende Punkte gekennzeichnet:

1. Die deutsche Industrieproduktion hat ihr Vorkrisenniveau noch nicht wieder erreicht. Vor allem

energieintensive Branchen wie die Chemieindustrie hatten im vergangenen Jahr immer wieder mit Produktionsausfällen zu kämpfen. Die Frage der Gasversorgung im nächsten Winter ist noch nicht geklärt. Deshalb bleiben die Preise perspektivisch weiter oben. Zudem dürfte der Staat neues Steuergeld in die Wirtschaft pumpen.

2. Das deutsche Kapital lebt stark von Industrieexporten, und die weltweite Nachfrage hierfür ist eingebrochen. Die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK) beklagt wenige Bestellungen für die deutsche Industrie aus dem In- und Ausland. Damit ist eine Erholung für die deutsche Wirtschaft nicht in Sicht, die schwankende Stagnation dürfte anhalten.

3. Die sinkende Auslandsnachfrage hängt eng mit den weltweiten Handelskonflikten zusammen. Die USA wollen in den nächsten Jahren einen dreistelligen Milliardenbetrag in die Subvention der eigenen Wirtschaft stecken und mehr Produktion zurück ins eigene Land holen. Frankreich und Deutschland verhandeln



über Gegenmaßnahmen. Vor allem zwischen den USA und China eskaliert der Handelskrieg seit Jahren. Das alles führt zu einer Neuordnung der globalen Lieferketten (Entkopplung), deren Kosten auf die Arbeiter:innenklasse abgewälzt wird.

4. Die teilweise Entkopplung der Weltwirtschaft ist eine Maßnahme zur Kriegsvorbereitung, welche die wirtschaftliche Abhängigkeit von möglichen Kriegsgegnern vermindern soll. Auch Deutschland rüstet für einen großen Krieg, was Kanzler Scholz als „Zeitenwende“ verkauft. Die Rüstungsindustrie meldet Rekordgewinne und will neue Waffenfabriken bauen. Das Ganze soll die Arbeiter:innenklasse über den Staatshaushalt jedes Jahr 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts kosten. Aktuell entspricht das 85 Milliarden Euro. Hinzu kommt perspektivisch die bereits laut-

stark geforderte Vervielfachung des Bundeswehr-Sondervermögens.

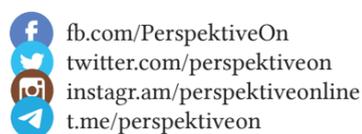
5. Das deutsche Kapital leidet unter einem Mangel an Arbeitskräften. 2022 waren über 800.000 Stellen unbesetzt. Bis 2035 sollen bis zu sieben Millionen Arbeitskräfte im Zuge der demographischen Entwicklung ausfallen. Kapital und Staat beraten über höhere Wochenarbeitszeiten und eine weitere Erhöhung des Rentenalters. Die Arbeiter:innenklasse könnte diese Lage jedoch in Lohnkämpfen hervorragend zu ihren Gunsten ausspielen.

Die Krise des Kapitalismus bietet der Arbeiter:innenklasse zahlreiche Handlungsmöglichkeiten, ob im Kampf für höhere Löhne oder im Kampf gegen die Kriegsvorbereitung. Diese müssen jedoch erkannt und genutzt werden.

PERSPEKTIVE » ONLINE

Unabhängiger Journalismus von unten: Mehrfach täglich objektive Nachrichten und revolutionäre Kommentare.

<https://perspektive-online.net>



V.i.S.d.P.:

Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.
Kalk-Mülheimer Str. 124
51103 Köln

PERSPEKTIVE » MOBIL

Für tägliche Nachrichten direkt auf das Handy:

1. Für die Nummer 0151 16991583 einen Kontakt anlegen.
2. Nachricht per **Whatsapp** oder **Telegram** mit „Start“ schicken.
3. Nach einer Bestätigungsnachricht werden alle Artikel direkt aufs Handy geschickt.

Zum Austragen eine Nachricht mit „Stop“ schicken.

PERSPEKTIVE » APP

Perspektive jederzeit griffbereit auf deinem Handy-Desktop und mit Pushnachrichten:

Einfach die **Perspektive-App** über den Playstore downloaden oder die APK direkt von unserer Homepage herunterladen und installieren:

<https://perspektive-online.net/app>



MITMACHEN & UNTERSTÜTZEN

Um unser Projekt dauerhaft realisieren zu können, sind wir auf die Unterstützung Vieler angewiesen:

- **Abonniere** die Printausgabe von „Perspektive“
<https://perspektive-online.net/abo>
- **Werde Mitglied** im „Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.“
<https://perspektive-online.net/verein>
- **Unterstütze uns** mit einer Spende
<https://perspektive-online.net/spenden>